

Der Unermüdliche im Bundeshaus

Aktualisiert vor 49 Minuten

Der Dalai Lama ist von Nationalratspräsidentin Maya Graf und der parlamentarischen Gruppe Tibet empfangen worden. Er äusserte sich öffentlich nicht zu China, lobte aber die in der Schweiz lebenden Tibeter.



Der Bundesrat wollte ihn nicht empfangen: Nationalratspräsidentin Maya Graf zeigt dem Dalai Lama jedoch das Bundeshaus. (16. April 2013).

Bild: AFP

VIDEO

Parlamentarier aller Parteien zeigen Solidarität mit dem Engagement des **Dalai Lama**. Bei einem informellen Austausch im Bundeshaus erwiesen sie dem geistlichen Oberhaupt der Tibeter Anerkennung für dessen «unermüdliche und gewaltfreie» Friedensbemühungen.

Anlass für das Treffen sei die Sorge um die aktuelle Lage in Tibet, sagte Nationalrätin Tiana Angelina Moser (GLP/ZH), Co-Präsidentin der Parlamentarischen Gruppe Tibet, vor den Medien in Bern. Die Verzweiflung der Tibeter finde immer häufiger «traurigen Ausdruck in

Zum ersten Mal besuchte der Dalai Lama das

Schweizer Bundeshaus und zeigte sich beeindruckt. (Video: Keystone)

Artikel zum Thema

Dalai Lama trifft Berner Studenten

«Es ist Zeit, den Dalai Lama zu empfangen»

«Mein Leben war schwierig, aber auch ziemlich nützlich»

Teilen und kommentieren

Die Redaktion auf Twitter

Folgen Sie dem Ressort auf dem Kurznachrichtendienst

Stichworte

Dalai Lama

BLOG



Selbstverbrennungen».

Bereits 114 Menschen hätten sich seit 2009 selbst verbrannt, präzisierte Nationalrat Martin Naef (SP/ZH). Die Schweiz dürfe Menschenrechtsverletzungen wie Zwangsumsiedlungen, Ausbeutung von Rohstoffen und Beschneidung der religiösen und kulturellen Identität nicht ignorieren.

Handelsbeziehungen nicht auf Kosten von Menschenrechten

Dies sei gerade vor dem Hintergrund des angestrebten Freihandelsabkommens mit China wichtig. «Wir sind nicht gegen Handelsbeziehungen mit China», so Naef, «aber die Schweiz darf nicht riskieren, dass Waren aus Zwangsarbeitslagern importiert werden».

FDP-Nationalrätin Doris Fiala (ZH) forderte den Bundesrat auf, die Menschenrechtssituation in Tibet im UNO-Menschenrechtsrat verstärkt zu thematisieren. Nationalrat Oskar Freysinger (SVP/VS) wies darauf hin, dass eine neue Politik gegenüber Tibet auch im Interesse Chinas wäre, weil sie «das Ansehen der aufstrebenden

Weltmacht in der Welt verbessern würde».

Die 31 in der Parlamentarischen Gruppe Tibet vertretenen Parlamentsmitglieder hatten den Bundesrat auch gebeten, den Dalai Lama zu empfangen. Ein Treffen kam aber nicht zustande. Frühere Empfänge des Dalai Lama durch den Bundesrat hatten jeweils zu diplomatischen Verstimmungen mit China geführt.

«Gewalt erzeugt Gegengewalt»

In die Bresche sprang Nationalratspräsidentin Maya Graf (Grüne/BL). Sie nahm den Dalai Lama vor dem Haupteingang des Bundeshauses in Empfang. Dutzende Sympathisanten mit Tibet-Fahnen winkten dem Friedensnobelpreisträger zu.

Der Dalai Lama selbst freute sich, wieder einmal in der Schweiz zu sein. Die Tibeter, die in der Schweiz leben, seien sehr glücklich und gut integriert. «Und was noch wichtiger ist: Sie haben ein gutes Verhältnis mit den Einheimischen», sagte der Friedensnobelpreisträger vor den Medien. Die Schweiz war eines der ersten Länder, das in den 1950er-Jahren tibetische Flüchtlinge aufnahm. Heute leben rund 5000 Tibeter hier.

Die Unterstützung aus der Schweiz ist für den Dalai Lama wichtig. 2011 legte er alle seine politischen Ämter ab. Heute sieht er sich in erster Linie als «freien Sprecher für das tibetische

Volk.» Zu seiner gewaltlosen Politik steht er nach wie vor: «Egal wie nobel das Ziel, gewalttätige Methoden bringen nur Katastrophen hervor», sagte er mit Verweis auf die US-Intervention im Irak.

Schweiz-Besuch endet morgen

Der Dalai Lama hält sich seit Freitag in der Schweiz auf. Er referierte verschiedentlich und nahm buddhistische Unterweisungen und Initiationen vor. Am Morgen sprach er an der Universität Bern zu Studierenden. Am Mittwoch beendet er seinen Aufenthalt in der Schweiz mit einem Besuch im Tibet-Institut in Rikon ZH.

China besetzte Tibet 1951 und kontrolliert die autonome Region sowie die anliegenden Provinzen, wo ebenfalls zahlreiche Tibeter leben, mit harter Hand. Die Tibeter klagen seit Jahrzehnten über soziale und religiöse Diskriminierung. Heute leben etwa 128'000 Tibeter in der Diaspora, ihren Sitz hat die Regierung im nordindischen Dharamsala. (bh/mw/sda)

Erstellt: 16.04.2013, 17:16 Uhr